

Kampagne #NIEMALSGEWALT für gewaltfreie Erziehung mit Video

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Mit einem aufrüttelnden Video ruft UNICEF Deutschland dazu auf, alltägliche Gewalt gegen Kinder nicht länger hinzunehmen. Es bildet den Auftakt der UNICEF-Kampagne #NiemalsGewalt. Ziel ist es, Eltern, Lehrende, Erziehende sowie Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren, beim Thema Gewalt genauer hinzusehen und sich für das Recht jedes Kindes auf gewaltfreie Erziehung einzusetzen.

Der Film macht die weitgehend unsichtbaren Demütigungen und Misshandlungen, denen unzählige Mädchen und Jungen auf der ganzen Welt jeden Tag ausgesetzt sind, sichtbar. Bewusst verzichtet das Video auf reale Gewaltszenen. In subtilen Bildern vermittelt es eindringlich, wie sich die Erfahrung von körperlicher Gewalt, Erniedrigung, Anschreien oder Verachtung tief in Körper und Seele von Kindern einschreibt und Spuren hinterlässt. UNICEF ruft dazu auf, das Video unter dem Hashtag #NiemalsGewalt zu teilen.

Alltagsgewalt vollzieht sich meist unsichtbar

„Alltägliche Gewalt gegen Kinder vollzieht sich meist

unsichtbar hinter verschlossenen Türen. Deshalb wird sie oft verdrängt oder übersehen, doch die betroffenen Mädchen und Jungen spüren die Folgen ein Leben lang,“ sagte Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland. „Auch scheinbar leichte Formen der physischen oder psychischen Misshandlung gefährden die Entwicklung von Kindern. Gewalt gegen Kinder ist unter keinen Umständen akzeptabel. ‚Niemals Gewalt‘ – diese Forderung von Astrid Lindgren aus dem Jahr 1978 ist heute aktueller denn je!“

„Leider hat Misshandlung viele Gesichter. Und meist ignorieren wir die bleibenden Spuren, die sie für Kinder hinterlassen kann“, sagte der amerikanische Regisseur Jared Knecht. „Wir wollen den Menschen die oft unsichtbaren Folgen von Gewalt bewusst machen – aus Sicht der Kinder, ohne Gewalt selbst zu zeigen. Wir wünschen uns, dass dadurch viele Menschen alltägliche Gewalt neu wahrnehmen und ihren Umgang mit Kindern überdenken.“ Knecht hat die von der Agentur BBDO Düsseldorf entwickelte Idee filmisch inszeniert.

Gewalt gegen Kinder beenden

Bis heute wird [Gewalt gegen Kinder – weltweit wie in Deutschland](#) – viel zu oft stillschweigend akzeptiert, heruntergespielt oder sogar gerechtfertigt. Betroffene Mädchen und Jungen haben häufig niemanden, dem sie sich anvertrauen können oder werden nicht ernst genommen. Dabei können die Folgen für die Kinder verheerend sein: Gewalt gegen Kinder kann tiefe Spuren hinterlassen. Dies gilt auch für die am wenigsten sichtbaren und gleichzeitig häufigsten Gewaltformen wie emotionale Misshandlung und Vernachlässigung.

Das Ausmaß alltäglicher Gewalt gegen Kinder ist bis heute erschreckend:

- Weltweit erleben drei von vier Kindern zwischen zwei und vier Jahren körperliche oder psychische Gewalt durch ihre Eltern oder andere Erziehende.

- Schätzungsweise 1,1 Milliarden Eltern und Erziehende weltweit halten körperliche Bestrafungen für ein notwendiges Mittel in der Erziehung von Kindern.
- In Deutschland berichteten 2017 31 Prozent der Befragten, dass sie eine Form von Misshandlung mit mindestens moderatem Schweregrad erfahren hatten.

Hier geht es zu [weiteren Informationen und zum Video](#).

Aktuelle Informationen zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



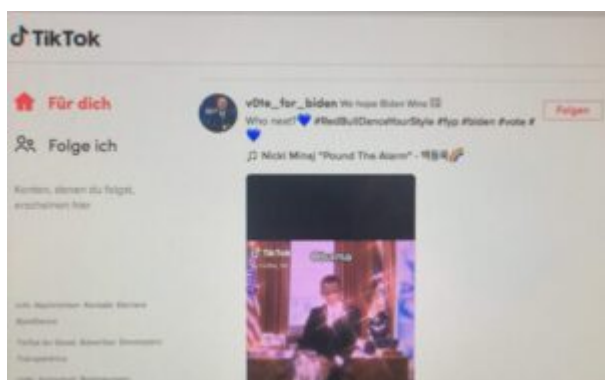
© scusi / Adobe Stock

Die Corona-Pandemie stellt für viele Familien eine große Herausforderung dar. Damit Eltern und Kinder nicht alleine stehen, gibt es eine ganze Reihe von Hilfs- und Unterstützungsangeboten seitens des Bundes. Das Bundesfamilienministerium hat diese nun auf einer [Website](#) zusammengefasst. Dabei geht es neben finanzieller Unterstützung auch um Hilfe in familiären Belastungssituationen, Informationen für pflegende Angehörige, Hilfen für Schwangere und Stillende und für soziale

Einrichtungen. Zudem gibt es Angebote für Interessierte, die selbst helfen wollen. Die Website wird ständig aktualisiert. Hier geht es zum [Angebot](#).

TikTok testet eigenen „Learn“-Stream

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Die chinesische Video-App TikTok <http://tiktok.com> testet einen eigenen „Learn“-Stream, mit dem vor allem junge User schnell eine Reihe von lehrreichen Inhalten finden. Sie können dadurch einfach durch die Lern-Clips auf der Social-Media-Plattform scrollen und erhalten so ununterbrochen bildende Informationen.

„Vielversprechende Inhalte“

„Lerninhalte auf TikTok sind sehr vielversprechend. Viele Videos haben sich gut an die Ästhetik der Plattform angepasst. Sie sind kurz und behandeln meistens nur auf einen Aspekt, erklären diesen aber oft sehr gut. Beispielsweise finden sich viele sexualpädagogische Inhalte, die auf die Fragen von Jugendlichen eingehen. Das ist vor allem jetzt wichtig, wo es keine externen Schul-Workshops gibt. Ein eigener Stream hilft dabei, solche Clips zu entdecken“, sagt Medienpädagogin

Barbara Buchegger von Saferinternet <http://saferinternet.at> im Gespräch mit der Nachrichtenagentur presstext.

Mit dem Learn-Stream will die Plattform ihr „LearnOnTikTok“-Programm erweitern. Das Unternehmen hat diese Initiative im April angekündigt. TikTok gibt globalen Lehrkräften Subventionen in der Höhe von etwa 50 Mio. Dollar und zieht außerdem Experten für die Entwicklung der eigenen Bildungsinhalte heran.

Image in den USA verbessern

Der Learn-Stream befindet sich noch in der Testphase und ist nur für einige ausgewählte User sichtbar. Vor allem in der Corona-Pandemie will TikTok seinem hauptsächlich jungen Publikum beim Lernen von zuhause aus helfen. Das könnte der populären Plattform dabei helfen, besonders in den USA ihr Image zu verbessern. Die Trump-Regierung konnte die Verbannung der App zwar nicht durchsetzen, weil ein US-Bezirksgericht sie blockiert hat, jedoch steht TikTok immer noch im Verdacht der Spionage für China.

Georg Haas für presstext.redaktion

Laut Studie waren in Bayern sechsmal mehr Kinder infiziert als gemeldet

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Eine neue Studie des Helmholtz Zentrums München kommt zu dem Ergebnis, dass sechsmal mehr Kinder in Bayern mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 infiziert waren als gemeldet. Dies verdeutlicht die Relevanz bevölkerungsweiter Antikörper-Screenings zur Überwachung des Pandemieverlaufs. Die Studie beschreibt außerdem einen neuen Ansatz, um Antikörper gegen SARS-CoV-2 mit besonders hoher Genauigkeit zu messen.

Neuer Ansatz zur Messung von Antikörpern gegen SARS-CoV-2

Derzeitige Antikörpertests weisen eine mangelnde Spezifität auf, was zu einem großen Anteil falsch-positiver Ergebnisse führt. Unter der Leitung von Prof. Anette-G. Ziegler entwickelten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Helmholtz Zentrum München nun einen neuen Ansatz zur Messung von Antikörpern gegen SARS-CoV-2. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass das Testergebnis erst dann als Antikörper-positiv gilt, wenn sowohl gegen die Rezeptor-Bindungsdomäne als auch gegen Nukleokapsid-Proteine des Virus positiv getestet wurde. Dieser zweistufige und zweifach-positive Ansatz führt zu besonders genauen Ergebnissen mit einer Spezifität von 100 Prozent und einer Sensitivität von mehr als 95 Prozent.

Da Ziegler und ihre Forschungsgruppe bereits eine große, bayernweit angelegte Bevölkerungsstudie namens „Fr1da“ zur Früherkennung von präsymptomatischem Typ-1-Diabetes bei Kindern durchführten, konnten sie schnell und einfach die bestehende Test-Infrastruktur um den neuen Ansatz für SARS-CoV-2-Antikörper erweitern.

Ergebnisse des SARS-CoV-2-Antikörper-Screenings

Zwischen Januar 2020 und Juli 2020 untersuchten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler knapp 12.000 Blutproben von Kindern in Bayern im Alter zwischen 1 und 18 Jahren (Teilnehmende der Frlda-Studie) auf SARS-CoV-2-Antikörper. Zwischen April und Juli wiesen im Schnitt 0,87 Prozent der Kinder Antikörper auf (zweifach-positiv). Im Vergleich zu den vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Ernährung (LGL) gemeldeten Fällen von Kindern in Bayern (zwischen 0 und 18 Jahren), die zwischen April und Juli positiv auf das Virus getestet wurden, war die Antikörperhäufigkeit damit sechsmal höher.

Die Ergebnisse machten keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern sichtbar. Knapp die Hälfte (47 Prozent) der Kinder mit Antikörpern waren asymptomatisch. Rund ein Drittel (35 Prozent) der Kinder, die mit einem auf das Virus positiv getesteten Familienmitglied zusammenlebten, wiesen Antikörper auf. Dies deutet auf eine höhere Übertragungsrate hin als in bisherigen Studien beschrieben. Zudem zeigten die Ergebnisse innerhalb Bayerns deutliche geographische Unterschiede („Hot-Spots“). Am meisten positive Antikörpertests gab es im Süden Bayerns.

Darüber hinaus wurden die Kinder auch auf Typ-1-Diabetes-Autoantikörper getestet. Diese dienen als Früherkennungsmerkmal für präsymptomatischen Typ-1-Diabetes. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten keine Zunahme dieser Antikörper feststellen. Dies lässt darauf schließen, dass COVID-19 und Typ-1-Diabetes bei Kindern nicht miteinander assoziiert sind.

Bedeutung für COVID-19-Maßnahmen

„Unsere Studie liefert wichtige Ergebnisse, die die Diskrepanz

zwischen gemeldeten Virusinfektionen und Antikörperaufkommen offenlegen“, sagt Markus Hippich, Erstautor der Studie und Postdoc am Helmholtz Zentrum München. „Da viele Personen, bei Kindern knapp die Hälfte, keine COVID-19-typischen Symptome entwickeln, werden sie nicht getestet. Um verlässliche Daten über die Ausbreitung des Virus zu bekommen, reicht es also nicht aus, nur auf das Virus selbst zu testen.“

Studienleiterin Prof. Anette-G. Ziegler ergänzt: „Nationale Programme, die mit hoher Spezifität und Sensitivität auf Antikörper testen, könnten den Ländern zuverlässige Daten liefern, um sich auf die Zukunft vorzubereiten. Sie könnten ihnen dabei helfen, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und die Auswirkungen regionaler und landesweiter COVID-19-Maßnahmen zu überprüfen.“

Dashboard

Die Studienergebnisse sind gemeinsam mit einer Übersicht zur geografischen Verteilung der Antikörperhäufigkeit in einem Online-Dashboard verfügbar: covid-dashboard.frlda-studie.de/app_direct/covid-dashboard/. Die Zahlen werden monatlich aktualisiert.

Einschränkungen der Studie

Antikörper gegen SARS-CoV-2 sind erst nach einer bis vier Wochen nachweisbar. Deshalb können diese Messwerte nicht dafür genutzt werden, um Aussagen über das aktuelle Infektionsgeschehen zu treffen. Bisher gibt es keine Belege dafür, dass SARS-CoV-2-Antikörper zu einer Immunität gegen das Virus führen. Falls dies belegt werden sollte, könnten die Ergebnisse wichtige Informationen zur Immunitätslage der Kinder in Bayern liefern.

Über die Studie

Diese Studie wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für

Bildung und Forschung (BMBF) und des Deutschen Zentrums für Diabetesforschung (DZD) unterstützt. Förderer der Fr1da-Studie sind die LifeScience-Stiftung, JDRF und The Helmsley Charitable Trust.

Mehr zu Fr1da:
www.helmholtz-muenchen.de/en/aktuelles/latest-news/press-information-news/article/47571/index.html

Originalpublikation

Hippich et al., 2020: [Public health antibody screening indicates a six-fold higher SARS-CoV-2 exposure rate than reported cases in children.](#) Med, DOI: 10.1016/j.medj.2020.10.003 Quelle: HelmholtzZentrum münchen

Aktion „Schulhofträume“ geht in die zweite Runde – jetzt bewerben

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Die Aktion „Schulhofträume“ geht in die 2. Runde: Im Fokus des Projektes steht, modernisierungsbedürftige Außenbereiche von Schulen nachhaltig und naturnah umzugestalten und „grüne Klassenzimmer“ im Außenbereich von Schulen zu errichten. Insgesamt geht es um Fördermittel in Höhe von 100.000 Euro.

Bei der Ideenfindung und Umsetzung soll möglichst die gesamte Schule mitwirken, allen voran die Schülerinnen und Schüler selbst. „Die Corona-Krise führt uns deutlich vor Augen, wie wichtig es ist, naturnah gestaltete Außenräume zur Verfügung zu stellen, die einen Aufenthalt und sogar Unterricht an der frischen Luft, in grüner und anregender Umgebung gewährleisten. Hierzu zählen neben der Einrichtung von grünen Klassenzimmern auch die naturnahe Umgestaltung von Schulhöfen oder die Einrichtung von Schulgärten mit vielfältigen Möglichkeiten zum Naturerleben und mit hoher Aufenthaltsqualität“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Bewerben können sich Schulen, Schülergruppen, Elterninitiativen, Vereine oder Kommunen. Die Gesamtfördersumme der Aktion beträgt 100.000 Euro, verteilt auf 15 Projekte. Die Hauptförderung ist mit 15.000 Euro dotiert, die Bewerbungsphase ist gestartet. Bewerbungen werden bis zum 15. Januar 2021 angenommen. Weitere Informationen sowie Bewerbungen unter www.dkhw.de/schulhoftraeume.

Härtere Strafen für sexualisierte Gewalt gegen Kinder

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Sexualisierte Gewalt gegen Kinder soll härter bestraft werden. Über einen entsprechenden Gesetzesentwurf von Justizministerin Christine Lambrecht hat der Bundestag beraten. Danach soll sexueller Kindesmissbrauch nun endlich als Verbrechen eingestuft und der Strafrahmen von zehn auf 15 Jahre hochgesetzt werden. Auch der Besitz und die Verbreitung von Kinderpornografie sollen zum Verbrechen hochgestuft werden. Bisher gilt sexueller Missbrauch lediglich als Vergehen. Anstelle von „sexuellem Missbrauch von Kindern“ soll nun künftig von „sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ die Rede sein, „um das Unrecht der Taten klar zu beschreiben“, erklärt die Ministerin..

Warum eine Verschärfung der Strafen im Fall von „sexualisierter Gewalt“ und vor allem die Einstufung als „Verbrechen“ so lange auf sich warten ließ, bleibt ein Rätsel. Einige Politiker fordern auch Nachbesserungen bei dem geplanten Gesetz.

So fordert etwa der Linkenfraktionsvize André Hahn einen besseren Opferschutz. Nur ein Drittel der Taten würde überhaupt mitgeteilt, nur ein Prozent verfolgt. Grünen-Chefin Annalena Baerbock fordert in einem Gespräch mit Zeit-Online, das Personal in den Jugendämtern so schnell wie möglich aufzustocken und die Ermittlungsbehörden zu stärken. Bundesweit müssten telefonische und Onlineberatungsangebote dauerhaft finanziell abgesichert werden. Und viele Politiker sind sich darin einig, dass die Richter entsprechend fortgebildet werden müssten. Das Deutsche Kinderhilfswerk erklärt: „Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Prävention

in diesem Bereich. Gleichzeitig muss auch der Fahndungsdruck zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt steigen, alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel müssen ausgeschöpft werden.“

Es gibt also noch viel zu tun. Dennoch ist die Verschärfung sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Kinderreport Deutschland 2020

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Der jährlich erscheinende Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerkes berichtet über den aktuellen Zustand der Umsetzung von Kinderrechten aus Sicht von Kindern und Erwachsenen. Die Ergebnisse des Kinderreports liefern Impulse, Optionen und Handlungsvorschläge für politische Gestaltungsprozesse im Interesse von Kindern.

Die Bedeutung des Draußenspielens für Kinder

Ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland fordert grundlegende Maßnahmen, um das Draußenspielen von Kindern zu erleichtern. So plädieren fast alle Befragten für eine bessere Erreichbarkeit von Orten zum Draußenspielen beispielsweise durch kostenlose Busse und Bahnen, sichere Radwege oder grüne

Wegeverbindungen.

Sehr große Mehrheiten plädieren zudem für mehr Spielorte, die sich ganz in der Nähe der Wohnung befinden, wie ein kleiner Spielplatz, eine Wiese oder eine Spielstraße. Auch mehr verkehrsberuhigte Bereiche in Wohngebieten, sogenannte Spielstraßen, werden eindeutig favorisiert. Zudem wird ein autofreier Sonntag einmal im Jahr, an dem Kinder überall auf den Straßen spielen können, von einer Mehrheit der Befragten befürwortet.

Hauptgründe für Kinder und Jugendliche, nicht draußen zu spielen, sind das Fehlen anderer Kinder zum Spielen und fehlende Zeit. Erwachsene sehen vor allem in anderen Kindern und Jugendlichen, die Kinder ärgern, belästigen oder ängstigen sowie in der Gefährlichkeit des Straßenverkehrs die Haupthinderungsgründe.

22 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen schätzen ihre Möglichkeiten, bei der Stadt- und Freiflächenplanung mitzubestimmen, als sehr gut oder eher gut ein, 69 Prozent als eher schlecht oder sehr schlecht.

Die Meinungen der befragten Erwachsenen, wie sie die Möglichkeiten von Kindern einschätzen, bei der Stadt- und Freiflächenplanungen mitzubestimmen, sind insgesamt positiver als die der Kinder und Jugendlichen. Insgesamt 32 Prozent schätzen die Möglichkeiten als sehr gut oder eher gut ein, 65 Prozent als eher schlecht oder sehr schlecht.

Für den Kinderreport 2020 des Deutschen Kinderhilfswerkes führte das Politikforschungsinstitut Kantar Public zwei Umfragen, eine unter Kindern und Jugendlichen (10- bis 17-jährige) und eine unter Erwachsenen (ab 18-jährige), in Deutschland durch. Befragt wurden insgesamt 1.644 Personen, davon 624 Kinder und Jugendliche sowie 1.022 Erwachsene.

Den Kinderreport 2020 des Deutschen Kinderhilfswerkes, die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage für den Kinderreport

2020 und eine Zusammenfassung des Kinderreports 2020 können Sie unter www.dkhw.de/kinderreport2020 herunterladen.

IW: Mehr als 340.000 Krippenplätze fehlen

geschrieben von Redakteur | November 10, 2020



Der Ausbau neuer Betreuungsangebote für Kleinkinder geht in Deutschland offenbar zu langsam voran. Zwar wurden seit 2015 mehr als 135.000 zusätzliche Plätze in Kitas und bei Tageseltern geschaffen, allerdings wollen auch viel mehr Eltern als früher ihr Kind betreuen lassen. So fehlen 2020 in Deutschland mehr als 340.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren, wie Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigen.

Viele Kommunen können dem in Deutschland geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht nachkommen. Obwohl die Zahl der unter Dreijährigen, die in einer öffentlich geförderten Kita oder bei Tageseltern betreut werden, seit 2015 von 693.000 auf 829.000 gestiegen ist, fehlen dieses Jahr 342.000 Plätze – rund 60 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Das zeigt eine neue IW-Studie.

Immer mehr Eltern geben ihr Kind die Kita

Ein Grund für den steigenden Bedarf ist, dass immer mehr Eltern ihr Kleinkind institutionell betreuen lassen wollen. 2019 meldeten 81 Prozent der Eltern für ihre Zweijährigen und 64 Prozent der Eltern für ihre Einjährigen einen Betreuungsbedarf an – deutlich mehr als noch vor fünf Jahren. „Lange galt insbesondere in Westdeutschland ein Alter von drei Jahren als geeigneter Betreuungsbeginn. Das hat sich vollkommen geändert“, sagt IW-Familienexperte Wido Geis-Thöne. In den vergangenen Jahren stiegen außerdem die Geburtenzahlen, allerdings ist dieser Trend gestoppt.

Große regionale Unterschiede

Nicht in allen Bundesländern fehlen Kitaplätze im gleichen Ausmaß. Relativ zur Gesamtzahl der unter Dreijährigen ist die Betreuungslücke, also die Differenz aus den erforderlichen und tatsächlich bereitgestellten Betreuungsplätzen, im Saarland, in Bremen und in Nordrhein-Westfalen am größten. Knapp 20 Prozent aller Kinder unter drei Jahren hatten dort keinen Betreuungsplatz, obwohl sich die Eltern einen wünschen. Allein in Nordrhein-Westfalen fehlen somit knapp 100.000 Plätze. In NRW kommt hinzu, dass Eltern bei Engpässen in den Kitas oft an Tageseltern verwiesen werden, bei denen die Qualifikationsanforderungen deutlich geringer sind als beim Kita-Personal.

Gut stehen Bayern, Baden-Württemberg und Ostdeutschland mit Ausnahme Berlins dar. Allerdings wollen in Bayern und Baden-Württemberg nicht so viele Eltern ihr Kind in eine Kita geben wie in anderen Bundesländern. „Nähert sich der Betreuungsbedarf wie zu erwarten den anderen Bundesländern an, werden auch in Bayern und Baden-Württemberg sehr viel mehr Kitaplätze benötigt“, sagt Studienautor Geis-Thöne.

Im Osten ist die Betreuungslücke zwar kleiner als im Westen, allerdings haben die Kindertagesstätten zu wenig Personal, um

die Kinder gut zu betreuen. So kamen im Osten im Schnitt auf eine Betreuungsperson knapp sechs Kinder – in Westdeutschland sind es vier. Dementsprechend gäbe es auch im Osten trotz des guten Kita-Angebots Handlungsbedarf, so Geis-Thöne.

[IW-Kurzbericht 96/2020 als PDF zum Download](#)

Quelle: Pressemitteilung Institut der Deutschen Wirtschaft